



Sandiford

INDONESIEN

## Drei Kugeln für Großmutter

Gerade acht Tage ist es her, dass der Pakistaner Mohammed Abdul Hafeez von der National Police Mobile Brigade aus seiner Zelle im Gefängnis von Tangerang, westlich von Jakarta, geholt wurde. Man habe Hafeez dann, so Beobachter, kurz nach Mitternacht zum Exekutionsort unweit des Friedhofs gebracht. Dem Delinquenten wurde eine Zielscheibe angeheftet, er hatte die Wahl, im Sitzen oder Stehen zu sterben, dann krachten Schüsse, wobei nur drei der Gewehre bei den Hinrichtungen scharf geladen sind – um die Schützen im Unklaren zu lassen, wer die tödlichen Kugeln abfeuerte. Hafeez war wegen Drogenschmuggels verurteilt worden, die Exekution war die fünfte in diesem Jahr. Vier Jahre lang hatte Jakarta nicht vollstreckt. Doch im März dieses Jahres wurden die Hinrichtungen wiederaufgenommen. Mit dieser neuen Politik werden wohl auch die Chancen für eine sehr prominente Verurteilte auf der „Death Row“, dem Todestrakt, sinken: die 57-jährige Britin Lindsay Sandiford, ebenfalls eine Drogenschmugglerin und außerdem Großmutter. Zollbeamte hatten in ihrem Koffer knapp fünf Kilogramm Kokain gefunden. Sandiford sagte, Dealer hätten ihre Kinder bedroht und sie gezwungen, die Drogen zu transportieren. Obwohl die Staatsanwaltschaft nur 15 Jahre Haft gefordert hatte, verurteilte sie ein Gericht im Januar zum Tode – was vor allem in England für Empörung sorgte. Sandiford kann jetzt noch auf einen Gnadenerlass des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono hoffen. Menschenrechtler aber sagen, dass der bislang etwa fünf von sechs Gnadensuchen abgelehnt habe.

EUROPA

## Neuer Job für Barroso?

José Manuel Barroso, 57, bis zum Herbst 2014 Chef der EU-Kommission, sieht sich wohl noch nicht am Ende seiner Karriere. Offenbar hätte der Portugiese gern einen anderen Brüsseler Spitzenposten. Nach SPIEGEL-Informationen kann sich Barroso vorstellen, von der Zentrale der EU-Kommission auf der nördlichen Seite der Brüsseler Rue de la Loi ins Gebäude des Europäischen Rats auf der Südseite zu wechseln und dort Präsident des Europäischen Rats zu werden, der Versammlung der 28 Staats- und Regierungschefs. Diplomaten berichten, Barroso sondiere derzeit bei den Mitgliedstaaten, ob er Chancen hätte, den jetzigen Ratspräsidenten Herman Van

Rompuy zu beerben. Der Posten wird Ende 2014 frei, weil Van Rompuy nach zwei Amtszeiten ausscheiden muss. Da vieles dafür spricht, dass ein Sozialdemokrat – der Deutsche Martin Schulz – nächster Präsident der EU-Kommission wird, könnte das Amt des Ratspräsidenten aus Proporzgründen der konservativen Europäischen Volkspartei zufallen. Allerdings ist Barroso nicht der einzige Christdemokrat, der den Job gern hätte: Auch der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker würde wohl nicht ablehnen, sollte er gefragt werden. Bekommt Barroso den Posten des Ratspräsidenten nicht, könnte er sich auch vorstellen, Generalsekretär der Nato zu werden. Barrosos Sprecherin dementierte die Ambitionen ihres Chefs nicht: Barroso habe noch „keine Entscheidungen über seine Zukunft getroffen“.

KOMMENTAR

## Fliegender Holländer

Von Christoph Reuter



Chemiewaffen-Inspektoren in Syrien

Es sollte eine Erfolgsgeschichte werden: die zwischen den USA, Russland und dem Regime in Damaskus verhandelte Vernichtung der syrischen Chemiewaffen – auch, um alle übrige Erfolglosigkeit in diesem Krieg überdecken zu können. Diktator Baschar al-Assad stieg auf einmal vom Geächteten zum Verhandlungspartner auf. Und die zuständige Organisation für das Verbot chemischer Waffen, OPCW, erhielt schon vorab den Friedensnobelpreis. Jetzt aber droht das Chemiewaffen-Abkommen zu einem Schritt ins Nirgendwo zu werden. Zwar beschloss der OPCW-Exekutivrat, dass Syriens Regime bis zum 5. Februar 2014 seine gesamten Chemiewaffen-Bestände außer Landes gebracht haben soll. Bis Ende Juni 2014 sollen sie zerstört werden. Die OPCW holte sogar Ruheständler zu-

rück, um zu bewältigen, was sie noch nie getan hat: Kampfgifte mitten in einem Bürgerkrieg einzusammeln und wegzuschaffen. Die absurde Folge: Ausgerechnet jenen Soldaten, die die Chemiewaffen zuvor einsetzten, bringen nun die OPCW-Experten das fachgerechte Verpacken, Versiegeln und Bewachen bei. Aber weder die USA noch Russland wollen die hochgiftigen Kampfstoffe entsorgen. Nachdem als letztes mögliches Entsorgungsland auch Albanien ablehnte, sollen die Chemikalien nun auf hoher See unschädlich gemacht werden – auf einem Schiff mit fünf Brennöfen, bei 2700 Grad. Falls das nicht funktioniert (was gut möglich ist, erprobt wurde es in großem Maßstab noch nie), könnte das größte Chemiewaffen-Arsenal des Nahen Ostens auf den Meeren herumirren wie der Fliegende Holländer. Die politische Botschaft des Westens an die Diktatoren der Welt ist schon jetzt verheerend: Sie dürfen die Bevölkerung massakrieren, aushungern und vergasen. Schlimmstenfalls handelt der Westen dann die Herausgabe der Chemiewaffen aus – und gerät dabei an den Rand der Lächerlichkeit. Weil er noch nicht einmal weiß, wohin mit den mörderischen Giften.